

WARUM MÜSSEN WIR ÜBER POPULISMUS NACHDENKEN?



Als Oberbürgermeister beobachte ich seit Jahren, wie Vertrauen in Institutionen schwindet. Diese Entwicklung ist nicht allein ein Problem der Politik, sondern eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Die Demokratie erfreut sich Umfragen zufolge größter Beliebtheit. Jedoch: Emotional ist die Bindung zu unserer konkreten Demokratie und zum Staat geschwächt und ihre grundlegenden Prinzipien werden immer weniger verstanden.

Was ist Populismus und warum ist er gefährlich?

Es ist nicht grundsätzlich populistisch, schwierige Themen zu vereinfachen und populär anzusprechen. Populismus ist auch nicht, den Euro in Frage zu stellen oder über Einwanderung zu diskutieren. Populismus ist auch nicht, eine andere Zuwanderungspolitik zu fordern. Populismus ist, diese Themen für einen grundlegenden Angriff auf die Demokratie zu nutzen.

Populisten behaupten, den Willen des Volkes zu repräsentieren. Unter dem Mantel der Forderung nach mehr Demokratie und Beachtung dieses Volkswillens stellen sie das in Frage, was unverhandelbar ist: Grundrechte für alle, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Sie unterstellen allen demokratisch gewählten Entscheidungsträgern eine Abwendung vom Volk, gar „Verrat an den wahren Interessen des Volkes“. Sie wollen die „herrschenden Eliten und ihre Denkmuster entmachen“. Damit sind Grundstrukturen und Werte unserer offenen Gesellschaft gemeint.

Muss man einen Vertrauensverlust in Institutionen und Politik nicht ernst nehmen?

In unserer individualisierten Gesellschaft gibt es sicher ein Bedürfnis für Reformen. Man denke nur an die Sozialen Me-

dien, in denen die Meinung eines Einzelnen in Sekundenbruchteilen zu einem Phänomen werden kann, das die Massen bewegt. Das Zusammenspiel zwischen Institutionen und zwischen Staat und Bürgerschaft muss neu ausgewogen werden. Solche Reformen allein sind aber keine Antwort auf den Angriff des Populismus auf die parlamentarisch verfasste Demokratie und den Rechtsstaat. Medien, Wissenschaft, Justiz, Schulen, Verantwortungsträger in allen gesellschaftlichen Bereichen und nicht nur in der Politik müssen dafür zusammenarbeiten. Einen Verständigungsprozess über neue Regeln kann nur führen und gestalten, wer die bisherigen Regeln und ihre (guten) Gründe kennt.

Wann ist eine Diskussion populistisch?

Wenn eine Diskussion von Sachfragen ohne belegbare Fakten geführt wird und sich die Akteure stattdessen abwertender Muster bedienen. Argumentationsmuster populistischer Bewegungen würdigen „Eliten“ (Politik, Wissenschaft, Medien, Justiz und Verwaltung) generell herab, machen Fachlichkeit lächerlich und loben den überlegenen „gesunden Menschenverstand“. Meinungsfreiheit wird interpretiert als Anspruch weder Widerspruch noch Kritik an der eigenen Meinung ertragen zu müssen. Zudem ist die „Moralisierung“ ein bestimmendes Merkmal.

„Grundrechte für alle, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind unverhandelbar.“

Dr. Peter Kurz

Wo wird das in der Stadtpolitik sichtbar?

Mir fällt auf, dass selbst Sachfragen wie eine Stadtbahnlinie oder die Gestaltung einer Grünfläche schnell zu moralischen Fragen erhoben werden. Das ehrliche Bemühen von Verantwortungs- und Mandatsträgern für das Gemeinwohl wird angezweifelt. In Sachauseinandersetzungen wirft man der Kommunalpolitik und Stadtverwaltung immer häufiger Korruption und Lügen vor oder legt Verschwörungstheorien nahe.

Was können die Mitarbeiter tun?

Die Mitarbeiter repräsentieren den öffentlichen Dienst, die Stadtverwaltung, die Demokratie und ihre Gesetze. An vielen Stellen sorgen sie dafür, dass diese eingehalten werden, sodass unser Zusammenleben in der Stadt funktioniert. Wir alle können populistischen Tendenzen entgegenwirken, indem wir darauf aufmerksam machen, wann eine Diskussion sich gegen unsere Grundwerte und Grundprinzipien richtet und indem wir uns an demokratischen Prozessen wie etwa Wahlen beteiligen.